

ASIEN AKTUELL: SCHWERPUNKT SÜDASIEN

Bangladesch als neue islamistische Gefahrenquelle? – Ein Analyseversuch

Rahul Peter Das

Bangladesch, das ehemalige Ost-Pakistan, ist nicht nur einer der zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Erde, sondern gehört auch zu jenen mit der zahlenmäßig größten muslimischen Bevölkerung. Lange wurde das Land als Musterbeispiel dafür betrachtet, dass auch ein Staat mit großer muslimischer Bevölkerungsmehrheit die Prinzipien von religiöser Toleranz, Pluralismus und säkularen Werten und Strukturen hochhalten kann. Umso enttäuschender, wie auch Besorgnis erregender, sind sich häufende Meldungen über das Anwachsen radikaler fundamentalistisch-islamistischer Tendenzen und Gruppen im Lande, was sich unter anderem auch in der Beteiligung einschlägiger Kräfte an der jetzigen Regierung und Repressalien gegen Andersdenkende und -gläubige zeigen würde. Das Nachbarland Indien hat Bangladesch wiederholt vorgeworfen, auf seinem Staatsgebiet Ausbildungslager islamistischer Terrororganisationen nicht nur zu dulden, sondern auch aktiv zu unterstützen; nicht verstummende Gerüchte behaupten sogar, Osama bin Laden halte sich in Bangladesch versteckt.

Es ist offenbar, dass sich aus solchen Entwicklungen Gefahren für die Sicherheit und Stabilität nicht nur Südasien, sondern auch der Weltgemeinschaft ergeben könnten. Tatsächlich wird Bangladesch inzwischen von manchen Medien nicht nur als neue Gefahrenquelle für die internationale Sicherheit ausgemacht, sondern auch als *failed state* bezeichnet. Indes handelt es sich um eine Region und einen Kulturkreis, mit denen sich deutsche Politik und Wissenschaft bisher eher peripher befasst haben; die neuesten Umstrukturierungen im Bereich der Südasienforschung im deutschen universitären Bereich haben sogar zu einer noch stärkeren Marginalisierung geführt. Umso dringlicher erscheint eine kritische Bewertung der Situation, die auch größere, aber durch regionale Faktoren geprägte Zusammenhänge mit berücksichtigt und Handlungsrichtlinien erarbeitet. Ein derartiger Versuch wird hier gewagt. Es handelt sich dabei um die überarbeitete Fassung eines Referats, das anlässlich einer Tagung zur Bangladesch-Problematik am 1.12.2004 an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin gehalten wurde.

Bangladesch wurde auf der Basis des Bengalentums ausgerufen, wie ja schon der Staatsname ("Bengalen-Land") ausdrückt. Die große Bedeutung des Bengalischen wird unter anderem dadurch belegt, dass der 21. Februar, der so genannte Tag der Märtyrer der bengalischen Sprachbewegung, auf Betreiben Bangladeschs 1999 von

der UNESCO zum internationalen Tag der Muttersprache erklärt wurde. Doch umfasst das Land nur einen Teil Bengalens, auch wenn dieser der größere ist. Obwohl Geschichte und Kultur Bangladeschs im Bengalentum wurzeln, untergräbt die Hervorhebung dieses daher die politische Identität des Staates.

An diesem Identitätskonflikt zwischen dem Bengalischen und dem Bangladeschischen krankt Bangladesch bis auf den heutigen Tage; er ist ein beträchtlicher Instabilitätsfaktor. Andererseits verhindert gerade die Einbindung Bangladeschs in Bengalen, dass trotz der inzwischen sehr verminderten Anzahl von Nichtmuslimen im Land Ethnizität und Islam glaubwürdig verbunden werden können, da auch in Indien eine so große Anzahl bengalischer Muslime lebt, dass beispielsweise manche Distrikte Westbengalens inzwischen mehrheitlich muslimisch sind. Dadurch ist Bangladesch weder das Land der Bengalen noch der bengalischen Muslime, sondern nur mehrheitlich von bengalischen Muslimen bewohnt.

Der Islam als identitätsstiftender Faktor kann also nicht ethnisch, sondern nur über-ethnisch im Sinne einer internationalen muslimischen Gemeinschaft wirklich wirksam werden. Damit steht das Land vor einem Dilemma. Wird das Bengalische hervorgehoben, muss gleichzeitig auch das Nichtislamische hervorgehoben werden, insbesondere wegen der nach wie vor engen Verbindungen mit dem stark säkularisierten, mehrheitlich nichtmuslimischen indischen Teil Bengalens. Wird dagegen das Islamische hervorgehoben, gar ein islamistischer Staat angestrebt, so muss das Bengalische heruntergespielt werden, was letztendlich die ideologischen Grundfesten des Staates erschüttern würde, abgesehen davon, dass es auch zu für Bangladesch äußerst gefährlichen Konflikten mit Indien führen könnte. Angesichts dieser Möglichkeiten ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass Bangladesch zum islamistischen Staat mutiert.

Das schließt allerdings nicht aus, dass der Islam stärker in die Öffentlichkeit tritt, etwa durch Symbole und Verhaltensweisen. Auch kann es durchaus zur Erstarkung von Gruppen, Bewegungen und Ideologien kommen, die islamistisch, gar radikal-fundamentalistisch sind; das ist inzwischen offenbar schon der Fall. Zweifelhaft scheint jedoch, ob solche Tendenzen zu langfristigen und grundlegenden Veränderungen führen. Dagegen sprechen folgende Gründe: Erstens kann die Staatsmacht den Islamismus nur so lange dulden, wie er ihr selbst nicht gefährlich wird. Zurzeit werden islamistische Parteien zum Machterhalt benötigt und radikale Gruppen können als Destabilisierungsfaktor gegen Indien und gegen die religiösen Minderheiten im Lande, von denen unter anderem angenommen wird, dass sie der derzeitigen parlamentarischen Opposition zuneigen, eingesetzt werden. Doch haben diese Gruppen weder viel Rückhalt in der Bevölkerung noch ein Hinterland, wie etwa Afghanistan und Iran es für pakistanische Gruppen darstellen; die Machtelite im Lande selbst kann man kaum als radikal-islamistisch orientiert bezeichnen.

Materielle und ideologische Untermauerung kommt tatsächlich vornehmlich aus den arabischen Golfstaaten und Saudi-Arabien sowie aus Pakistan, doch ist die Frage, ob

dies auf lange Sicht so bleiben wird. Somit könnten gegenwärtige Islamisierungstendenzen schnell schwächer werden, zumal die Geschichte Südasiens immer wieder zeigt, dass unruhige Entwicklungen relativ schnell entstehen können, oft von großer Gewalt begleitet, aber nicht von langer Dauer sein müssen. Das belegt auch die jüngste Entwicklung in Indien, die die larmoyant vorgetragene Befürchtung großer Teile des Auslandes, es könne dort ein hindu-fundamentalistischer Staat entstehen, als haltlos bewiesen hat.

Zweitens ist Religion im gegebenen Kontext wohl eher als Identifizierungsmerkmal denn als Glaubenssache aufzufassen, insbesondere, wenn die Gruppenidentität Vorteile verschaffen kann. In der Tat können "religiöse" Netzwerke Überlebens- und Aufstiegschancen verschaffen, die ansonsten vielen vorenthalten blieben. Womit wir wohl zum eigentlichen Kern der Problems kommen, nämlich den mangelnden sozialen und wirtschaftlichen Chancen, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat. Bangladesch ist ein Land, das weder topographisch, noch wirtschaftlich, noch kulturell oder geschichtlich ohne die es umgebenden Gebiete eine echte existenzielle Grundlage hat und dadurch nur dank massiver Hilfe von außen überhaupt überlebensfähig ist. Hinzu kommt, dass das Land tatsächlich von einer relativ kleinen Oligarchie regiert wird, die Macht und Ressourcen akkumuliert und trotz der Aufspaltung in verschiedene Parteien und Machtgruppen und dem regelmäßigen Abhalten von Wahlen keine nachhaltige Partizipation von unten erlaubt.

Natürlich kann daraus durchaus Anarchie, Militärdiktatur oder Ähnliches resultieren, doch weniger als Resultat von Volksaufständen oder -bewegungen, sondern eher in der Form von Machtkämpfen innerhalb der Oligarchie, wie dies ja auch bei den bisherigen Militärputschen und -diktaturen der Fall war. Aber es ist auch eine andere Entwicklung denkbar, die jedoch nur dann adäquat erfasst werden kann, wenn man Bangladesch nicht nur als Einzelstaat betrachtet, sondern als Teil eines südasiatischen Kontinuums.

Die Wiedereinbettung in dieses Kontinuum würde in der Tat viel von dem Druck wegnehmen, der sich in Bangladesch angesammelt hat, weil seine Staatsgrenzen Barrieren errichtet haben. Sie bedeutete nicht die Aufgabe der Staatlichkeit, wohl aber die Akzeptanz der regionalen Verbindungen, was im Falle Bangladeschs auch ungleich leichter fallen dürfte als im Falle Pakistans – schließlich ist die Idee der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) ja in Bangladesch entstanden. In dieser Hinsicht scheint es tatsächlich Bewegung zu geben, die letztendlich auch über Versuche bangladeschischer Machteliten, die südasiatische und insbesondere indische Konkurrenz durch das Errichten von Barrieren auszuschließen, um die eigene Macht zu erhalten, hinwegrollen dürfte. Die Annäherung zwischen Indien und China, das Bangladesch als Gegengewicht zu Indien hofiert hatte, dürfte diesen Prozess ebenso beschleunigen wie die wohl noch wichtigeren indischen Investitionen in Bangladesch, die inzwischen rapide zunehmen.

Auch wirken sich der Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Bangladesch und Indien sowie die erhöhte Reisetätigkeit aus Bangladesch nach Indien zu medizinischen und Ausbildungszwecken aus, ganz abgesehen von der inzwischen massiven illegalen Einwanderung von Bangladeschis nach Indien. Derartige Entwicklungen schaffen Fakten. Von der wachsenden Bedeutung Indiens wird die gesamte südasiatische Region voraussichtlich profitieren, und das stimmt trotz momentaner und eventuell kurz- bis mittelfristiger negativer Tendenzen, die teilweise sogar als Besorgnis erregend bezeichnet werden können, auch für Bangladesch optimistisch, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ihm die Integration in den südasiatischen Raum gelingt, gegebenenfalls auch gegen den Willen der Machthaber im Staate. Dabei könnte das Ausland – und damit auch Deutschland, für das Bangladesch ein Entwicklungshilfe-Schwerpunktland ist – helfen, indem es diesen Prozess fördert. Das bedeutet allerdings, dass die Fixierung auf Maßnahmen, die die Staatlichkeit als Ausgangspunkt haben, einer integrativen Sichtweise weichen müsste, was das Aufbrechen inzwischen wohl verkrustet zu nennender Denkweisen nicht nur, aber gerade in der Entwicklungshilfe erfordert.